Nr. 22. Sonntag, den 26. Januar 1913. 27. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags) in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderlaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Fr. Hübener, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei H. Möller, Veringstr. 21, II. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu **vier** Beilagen und das Illustrierte Unterhaltungsblatt **„Die Neue Welt“.**

Wahlrechtsdebatten im Reichstag.

II.

Von den Konservativen war von vornherein nicht zu verlangen, daß sie zu Fürsprechern eines freien und gerechten Wahlrechts werden würden. Und mit demselben Eifer, mit dem konservative Redner schon im konstituierenden Reichstag die Wahlrechtsvorschläge Bismarcks bekämpften und namentlich indirekte Wahlen forderten, wendeten sich konservative Abgeordnete auch stets gegen eine Verbesserung der einzelstaatlichen Wahlrechte. Es ging nicht eine Beratung von Wahlrechtsanträgen, -Interpellationen oder -Resolutionen im Reichstag vorüber, die Vertretern der Konservativen nicht Gelegenheit bot, die tiefsitzende Abneigung der Konservativen gegen ein freies Wahlrecht mit allem Nachdruck zu bekunden. Die Stellung der Konservativen zu den immer wieder auftauchenden Wahlrechtsfragen war demnach stets klar.

Anders aber war es mit dem Verhalten des Zentrums. Nach außen hin will das Zentrum — mit Rücksicht auf seine zahlreichen Arbeiterwähler — demokratisch erscheinen. Dazu gehört dann auch eine gewisse Freundschaft für ein den Wünschen der unteren Volksklassen entsprechendes Wahlrecht. Doch diese gezwungene Sympathie für wirkliche Volksrechte wird beim Zentrum durch den innerlich reaktionären und durchaus undemokratischen Charakter der Führer dieser Partei immer wieder übertrumpft. Das zeigt sich, trotz aller jesuitisch, diplomatisch und sophistisch fein abgeschliffenen Parlamentskunststückchen der Zentrumsführer doch recht deutlich, wenn man auf die Wahlrechtsdebatten im Reichstage zurückkommt. So war es der Abg. Mallinkrodt, der bei den Debatten, die am 23. Oktober 1867 im Norddeutschen Reichstag durch die Aufrollung der Mecklenburger Wahlrechtsfrage geführt wurden, zuerst den Kompetenzeinwand erhob und damit der Regierung für die spätere Zeit eine billige Ausrede, mit der die Bundesratsmitglieder dann auch immer diesen Fragen auswichen, an die Hand gab. Windhorst nahm in derselben Sitzung diesen „Gedanken“ auf und spann den Faden unermüdlich bei allen sich wiederholenden Debatten über diese Frage weiter. Das Zentrum ließ sich in diesem selbstbetrügerischen Tun auch nicht im geringsten dadurch stören, daß von hervorragenden Autoritäten, unter denen sich auch Treitschke befand, der Kompetenzeinwand als völlig unberechtigt nachgewiesen wurde. Selbst die Reichsregierung machte diesen Einwand zuerst gar nicht einmal geltend, und auch Bismarck lehnte die Befugnis des Reiches, in dieser Beziehung in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten eingreifen zu können, durchaus nicht ab. Er ging vielmehr der Erörterung dieser Frage in der Reichstagssitzung vom 5. Mai 1869 bewußt aus dem Wege und beschränkte sich darauf, auf die staatsmännische Einsicht des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zu hoffen, aus der heraus sich schon eine Besserung der „nicht homogenen“ Verfassungszustände in Mecklenburg ergeben würde. Das Zentrum blieb bei seiner Ansicht, und auf Windhorst folgten Lieber, Spahn und Groeber, die alle denselben ablehnenden Standpunkt einnahmen. So versteckte das Zentrum unter formale Bedenken seine innere Abneigung gegen ein freies Wahlrecht und erlangte mit dieser Komödie die Möglichkeit, sich immer für einen Freund und Verteidiger eines freien Wahlrechts auszugeben und doch immer gegen jede Verbesserung noch so trostloser Volksvertretungsformen zu stimmen. Windhorst trieb diese Komödie sogar so weit, daß er am 3. Dezember 1874 im Reichstag für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht in Preußen eintrat, aber doch gegen den lauen Antrag Büsing redete und stimmte. Worin folgte also damals dieser Zentrumsführer dem Zuge seines Herzens? Zweifellos dadurch, daß er gegen den nationalliberalen Antrag stimmte und für eine Verbesserung des preußischen Wahlrechts nur sprach. Denn Windhorst war seit je ein Feind eines freien und geheimen Wahlrechts gewesen. Als am 28. März 1867 im konstituierenden Reichstag das Reichstagswahlrecht erörtert wurde, da sagte Windhorst mit aller Deutlichkeit und ohne jede Einschränkung: „Ich für meinen Teil bin entschieden für die öffentliche Stimmabgabe.“ Diese inner Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht blieb aber nicht Windhorst allein eigen, sie wurde zum Allgemeingut der Zentrumsführerschaft. Beweis dafür ist nicht allein das Verhalten des Zentrums bei der Erörterung von Wahlrechtsfragen im Reichstag; auch im preußischen Abgeordnetenhause wußte das Zentrum jede Verbesserung des Wahlrechts zu vereiteln.

Und ein ebenso unsicherer Kantonist, wie es das Zentrum ist, ist der Nationalliberalismus, der durchaus unzuverlässig als Verfechter eines den Forderungen der Zeit wirklich entsprechenden Wahlrechts ist. Man könnte dem entgegenhalten, daß die geheime Wahl für den Reichstag ja nur einer liberalen Forderung und Anregung zu danken ist. Das stimmt, aber es darf nicht vergessen werden, daß die Liberalen jener Zeit die geheime Abstimmung nur deswegen so dringend forderten, weil sie damals diejenigen waren, die unter dem von der öffentlichen Wahl am meisten geförderten Wahlterrorismus der Konservativen zu leiden hatten. Die Furcht, daß es bei den Reichstagswahlen so werden könnte wie bei den preußischen Landtagswahlen, klang deutlich aus den damaligen Reden der Liberalen heraus. Aber, wird man sagen, wie kommen dann die Nationalliberalen dazu, immer wieder Anträge à la Büsing einzubringen? Auch das wird verständlich, wenn man sich den Antrag Büsing näher ansieht. Er forderte eine aus Wahlen hervorgegangene Volksvertretung. Das besagt gar nichts, denn auch das preußische Abgeordnetenhaus und ähnliche „Volksvertretungen“ gehen aus „Wahlen“ hervor. Es kommt nicht darauf an, daß eine Volksvertretung nur gewählt wird, sondern daß sie auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts entsteht. Aber daran dachten die Liberalen niemals. Sie kümmerten sich weder um das Wahlunrecht in Preußen, noch um das in Sachsen, Hamburg, Lübeck und in andern Bundesstaaten. Nur Mecklenburg lag ihnen am Herzen. Und da wären die Nationalliberalen, die ja heute noch gegen ein gleiches Wahlrecht für Preußen sind, zufrieden gewesen, wenn Mecklenburg mit einer „Volksvertretung“ nach dem mecklenburgischen Regierungsrezept von 1874 oder 1911 „beglückt“ worden wäre und so eine „Vertretung“ bekommen hätte, die noch widersinniger und verzerrter gewesen wäre, als die preußische „Volksvertretung“. Doch selbst mit ihrem Antrag Büsing war es den Nationalliberalen gar nicht recht ernst. Dreimal wurde dieses Gesetz vom Reichstag mit erheblicher Mehrheit angenommen, aber nicht ein einziges Mal versuchte diese Mehrheit, ihren Willen bei der Reichsregierung ernstlich durchzusetzen! Später begnügten sich die Nationalliberalen damit, bescheiden nach dem Verbleib ihres Beschlusses nachzufragen. Dann kam gelegentlich ein Vertreter des Reichskanzlers, er fuhr den neugierig bescheidenen Fragern rücksichtslos übers Maul und — die Nationalliberalen blieben wieder für Jahre hinaus noch bescheidener. Bis dann auch Bassermann sich zu der Meinung „durchgerungen“ hatte, daß das Reich und der Reichstag gar kein Recht habe, in solche Fragen der einzelstaatlichen Gesetzgebung, d. h. der Gestaltung des staatlichen Wahlrechts, hineinzureden. In der Sitzung vom 7. Februar 1906 und vom 22. Februar 1908 bekannte sich Bassermann ausdrücklich zu dieser Ansicht und dokumentierte damit den vollständigen Wandel der Nationalliberalen auch in dieser Frage. Der Antrag Büsing verschwand dann auch von dem parlamentarischen Wunschzettel der Nationalliberalen und tauchte 1907 als Antrag des „freisinnigen“ Reichsgrafen Bothmer wieder auf, von dem er dann in das dauernde Eigentum der Fortschrittspartei überging.

Besonders stolz können die Fortschrittler auf diese Erwerbung wahrhaftig nicht sein, denn auch für sie bedeutet die Uebernahme dieser nationalliberalen Erbschaft einen Rückschritt. Für diesen Antrag Büsing, der jetzt als Drucksache 103 die fortschrittlich-nationalliberale Firma trägt, gaben die Fortschrittler den Antrag Ancker vom Jahre 1895 preis. Damals forderten sie noch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten, heute sind sie zufrieden, wenn die Einzellandtage nach einem noch schlechteren „Wahlrecht“ zusammengesetzt werden, als es das preußische ist. Aber auch diese Wandlung der Fortschrittler wird verständlich, wenn man sieht, wie der „Freisinn“ das preußische Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden aufrecht erhält, wenn, wie jetzt in Reuß j. L., „Freisinnige“ offen für die Verschlechterung des Wahlrechts eintreten, und wenn die preußischen Freisinnigen bei den bevorstehenden Landtagswahlen lieber mit den unsicheren Nationalliberalen als mit der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen.

Und vor dieser Sorte Wahlrechtskämpfer sollte die Regierung Respekt haben, sollten Bismarck und seine Amtsnachfolger sich verpflichtet fühlen, auf die Einzelstaaten einen Druck dahingehend auszuüben, den Volksvertretungen derselben ein Wahlrecht zugrunde zu legen, vor dem sich die liberalen und fortschrittlichen Mannesseelen selbst am meisten fürchteten? Man braucht namentlich die Nachfolger Bismarcks wahrhaftig nicht zu überschätzen in ihrer staatsmännischen Einsicht und Menschenkenntnis. Aber das wußten sie doch, daß auch sie dem „Liberalismus“ alles bieten konnten. War Bismarck 1869 bei der ersten Beratung des Antrags Büsing noch reserviert entgegenkommend, so wurde mit der Zeit der Ton der Bundesratsvertreter immer anmaßender, bis er am 22. Januar 1908 zu den parlamentarischen Schnoddrigkeiten Bülows ausartete. Im übrigen pfiff die Reichsregierung auf alle diese Wünsche des Reichstags, und verschiedene Bundesstaaten eiferten ihr nach. So kamen unter andern auch in Sachsen und Hamburg die Wahlrechtsverschlechterungen. Reuß jüngere Linie folgte und in Schwarzburg-Rudolstadt beherrscht derselbe Geist die Regierung.

Auf der andern Seite aber ertönt bei der Arbeiterschaft immer lauter und energischer der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Preußen und für die andern Bundesstaaten.

In einer solchen Zeit muß die Beratung des sozialdemokratischen Antrags im Reichstag um so größere Bedeutung gewinnen. Denn deutlich wird die Stellung der Parteien zum Wahlrecht sich markieren müssen. Und dabei wird es sich nicht nur um das Wahlrecht für die einzelstaatlichen Volksvertretungen allein handeln, sondern um das Wahlrecht schlechtweg. Denn auf die Parteien, die nicht rückhaltlos für ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht im Staate sind, wird auch kein ernster Verlaß sein, wenn es einmal gelten sollte, das jetzige Reichstagswahlrecht zu schützen.

So wird der sozialdemokratische Antrag zu einem Prüfstein werden, an dem deutlich die Volksfeindschaft und Volksfreundschaft der Parteien erkennbar sein wird.

Die Sackgasse.

Die Säbelrasseler, Kriegshetzer, Franzosenfresser und überspannten „Patrioten“ in Deutschland haben sich in die fixe Idee verrannt, daß ein künftiger Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sich wiederum so abspielen müsse, wie der Krieg von 1870. Man rechnet mit der Niederlage Frankreichs als mit einer feststehenden Tatsache.

Da könnte unter Umständen eine schwere Enttäuschung kommen, denn das Verhältnis der Streitkräfte beider Länder hat sich inzwischen sehr verändert.

Frankreich war 1870 zu einem Kriege nicht hinreichend gerüstet, die Heeresorganisation war teilweise verfallen und Bismarck, dem dies wohl bekannt war, benutzte die Gelegenheit, den auf einem schon unterhöhlten Thron sitzenden Staatsstreichkaiser Napoleon III. zum Kriege zu treiben. Seine diplomatischen Künste bewirkten, daß Napoleon als der Angreifer erschien.

Nach einem Kampfe von sechs Wochen war das zweite napoleonische Kaiserreich zertrümmert. Die eilig zusammengebrachten Heere der Republik, die sich bilden mußten, während der Feind das Land überschwemmte und die Hauptstadt belagerte, leisteten fünf Monate tapferen Widerstand. Dann erst gab sich die Republik für besiegt.

Nach offizieller Versicherung hatten die deutschen Truppen nur den Kaiser Napoleon zu bekämpfen. Man hätte also der Republik, die keine Friedensstörerin war, einen ehrenvollen Frieden gewähren und nicht zwei Provinzen gewaltsam von dem französischen Staatskörper abreißen sollen. Dann hätte sich der Militarismus wohl nicht in so ungeheuerlichem Maße und so unheilvoll entwickelt, wie es tatsächlich geschehen ist. Die von der alten Monarchie verschuldete Kluft zwischen den beiden großen Kulturvölkern ist vertieft worden. Es ist verständlich, daß die zur Herrschaft gelangte französische Bourgeoisie sofort nach dem Frieden sich auf die Neuorganisation des Heeres warf. Sie fürchtete von dem brutal auftretenden Bismarck einen Ueberfall und warf sich dem Zarentum in die Arme. So blieb die Republik ein Militärstaat und Europa wurde in zwei feindliche Heerlager gespalten. Der bewaffnete Friede — und zwar bis an die Zähne bewaffnet — wurde der dauernde Zustand.

Die französische Bourgeoisie fand den Mann, den sie brauchte, in der Person des Kriegsministers Freycinet. Dieser heute 85jährige Mann ist kein Berufssoldat, aber zweifellos einer der ersten Kriegskünstler und Heeresorganisatoren unserer Zeit. Er war es, der nach dem Zusammensturz des zweiten Kaiserreiches die republikanischen Milizheere, die so zähen Widerstand leisteten, „aus der Erde stampfte“. Die öffentliche Meinung schrieb dies Gambetta zu, der aber nur durch begeisternde Reden wirkte. Freycinets Namen ist später durch die berüchtigte Panamaaffäre befleckt worden; aber die neue Heeresorganisation, die er geschaffen, wird von den künftigen Militärs als mustergültig bewundert. Wir gehören nicht zu den Bewunderern stehender Heere und halten, da wir alle Eroberungskriege prinzipiell verwerfen, ein Milizheer für genügend zur Landesverteidigung. Aber wir wollen nur auf die Bedeutung der Freycinetschen Heeresreform für einen künftigen deutsch-französischen Krieg hinweisen.

Ein höherer deutscher Offizier*) hat unlängst dies Verhältnis eingehend geschildert. Der Generalleutnant v. Schmitt hat die nach seiner Meinung vorhandene Ueberlegenheit der französischen Armee gegenüber der deutschen drohend an die Wand gemalt. Wir zweifeln nicht daran, daß er es mit Rücksicht auf die im Reichstage zu erwartende neue Militärvorlage getan hat. Er hat bei seiner Berechnung der Stärke der französischen Armee die alten Kunstgriffe benutzt und hat wiederum die französische Gensdarmerie in der Stärke von 25 000 Mann der aktiven Armee zugezählt. Auch in bezug auf die aus Afrika heranzuziehenden Kolonialtruppen hat er willkürliche Berechnungen aufgestellt. Aber es stellt sich doch heraus, daß die von Freycinet geschaffene Heeresorganisation der deutschen in mancher Beziehung überlegen ist und daß dieser Mann es verstanden hat, aus den 40 Millionen Franzosen eine Streitmacht zu schaffen, die annähernd so stark ist, als die deutsche, die aus 65 Millionen herausgezogen wird. Jedenfalls wird es beim Aufmarsch der beiden Armeen keine Situationen mehr geben, wie 1870 bei der Schlacht von Wörth, wo 120 000 Deutsche gegen 57 000 Franzosen fochten.

Der französische Soldat hat bei allen Waffengattungen zweijährige Dienstzeit und weniger Sold, aber eine bessere Verpflegung als der deutsche Soldat — nach den Darlegungen des genannten Offiziers. Ebenso behauptet dieser, daß die französische Luftflotte der deutschen überlegen sei, was wir dahingestellt sein lassen wollen.

Generalleutnant v. Schmitt meint nun, die in Deutschland vorgenommenen Heeresvermehrungen seien zu schwach gewesen und hätten überhaupt nicht gebracht, was man von ihnen erwartet; erst um 1917 werden sie wirken, wie er berechnet.

Es ist interessant, wie v. Schmitt die militärische Situation in Europa darstellt.

„Heute haben wir,“ sagt er, „Frankreich gegenüber die Ueberlegenheit von 1870 nicht mehr. Dagegen hat Frankreich die stärkeren Verbündeten zu Wasser und zu Lande. Oesterreich allein vermag das mächtige Rußland nebst dem Balkanbund nicht im Schach zu halten; wir müssen ihm einen recht bedeutenden Schutz von Streitern, eine viertel bis eine halbe Million gewiß, zur Seite stellen, um uns den Rücken im Osten freizuhalten. England stellt in seiner günstig organisierten Expeditionsarmee 167 000 Mann zu Frankreich, mit Belgien eine reichliche Viertelmillion (gleich sechs Armeekorps). Somit fehlen uns zur Gleichzahl, wenn Italien nicht dagegen aufkommt, eine Viertelmillion gegen Frankreich, eine Viertelmillion gegen England-Belgien neben annähernd einer Viertelmillion, die wir im Osten belassen müssen. Erfahren wir aber im Osten Rückschläge, so wird durch das Vordringen des Feindes gegen Norddeutschland auch unsere Küstenverteidigung im Rücken bedroht und damit zu allem noch die Verteidigung zur See lahmgelegt. Gewiß wird sich unsere vortreffliche Armee, unsere aus einem Guß geschaffene Truppe bewähren und Staunenswertes leisten, alleines gibt Aufgaben, denen auch die allerbeste Minderheit nicht gewachsen ist.“ —

Da haben wir, von einem höheren Offizier gezeichnet, die bedenkliche Situation, in der sich Deutschland gegenüber einer Koalition der andern Mächte befindet. Es darf hierbei freilich nicht vergessen werden, daß bei den Militärs, die systematisch auf eine neue Heeresvermehrung hinarbeiten, die Neigung zur Schwarzmalerei sehr groß ist und daß Uebertreibungen mit unterlaufen. Aber, wenn alles richtig wäre, wem verdanken wir dies? Den Junkern, die mit ihrer Hochschutzzoll- und Absperrungspolitik uns fast die ganze Welt zum Feinde machen, und den Bourgeois, die mit ihrer Flottenpolitik auch England zu diesen Feinden getrieben haben.

Die Vermehrung der Rüstungen kann nichts helfen, weil die andern Mächte dann auch weiter rüsten. Das Stärkeverhältnis bleibt sich wenigstens momentan gleich.

Militärische Abenteuerlust sagt uns immer, im nächsten Kriege werde die deutsche Flotte zwar unterliegen, aber die französische Armee würde geschlagen werden.

Nun hören wir es aus militärischem Munde ganz anders.

Im Jahre 1870 wurde in der preußischen Thronrede gesagt, daß zwei so große Kulturvölker, wie die Deutschen und die Franzosen, zu edlerem Wettstreit berufen seien, als zu dem blutigen Kampf mit den Waffen.

Das war richtig, und nach diesem Grundsatz hätte man verfahren sollen, als Napoleon III. niedergeworfen war.

Die Militärs schieben alles auf die Sparsamkeitsrücksichten des Reichstages, und auch v. Schmitt meint, man müsse auf die Deckungsfragen keine Rücksicht nehmen. Dabei haben wir schon die Teuerung im Lande, die zum guten Teil durch die Deckungsfragen herbeigeführt worden ist.

Die gegenwärtige prekäre Lage hat weniger der Reichstag verschuldet, der zur Bewilligungsmaschine herabgesunken ist, sondern vielmehr die gesamte innere und äußere Politik.

*) Vergleiche zwischen der französischen und deutschen Armee. Vortrag, gehalten im deutschen Wehrverein Stuttgart von Generalleutnant z. D. v. Schmitt.

Die Balkanfrage.

Näheres über den jungtürkischen Handstreich.

Wie erst Freitag konstatiert werden konnte, sind bei der blutigen Szene vor dem Ministerratssaal neun Personen getötet worden. Freitag vormittag wurden aus der Pforte neun Särge herausgetragen. Die Opfer sind außer Nasim Pascha seine beiden Adjutanten Nafis und Salih, ein Diener des Justizministers, ein Diener der Pforte und ein Sekretär der Pforte, angeblich auch der Hauptmann Kiais Isli Tewfik und der Dragoman Nesdiib. Das neunte Opfer ist unbekannt. Es soll ein früherer jungtürkischer Deputierter sein, der den Kriegsminister erschossen hatte. Man erzählt, Enver Bey hätte zuerst durch einen Diener seine Karte in den Ministerratssaal hineingesandt und um Zutritt gebeten. Da die Minister ihn nicht empfangen wollten, sei es zu einem Tumult gekommen, bei dem ein Adjutant des Kriegsministers zuerst feuerte. Darauf sei der Kriegsminister in der Tür des Saales erschienen, um sich nach der Ursache des Tumults zu erkundigen. Die Demonstranten seien in diesem Augenblick eingedrungen. Es fielen Schüsse, und Nasim Pascha brach, tödlich getroffen, zusammen. Die eingedrungenen Jungtürken wollten in der Erregung des Moments, wie behauptet wird, auch den Großwesir töten, der ihnen bittend entgegengegangen sein und so sein Leben gerettet haben soll. Die früheren Minister des Innern und der Finanzen werden noch immer gefangen gehalten.

Am Freitag nachmittag fand auf der Pforte unter dem üblichen Zeremoniell und militärischen Ehrenbezeugungen die Verlesung des Reskriptes, durch welches der frühere Direktor des Departements des Fetwas, Mahmed Essad, zum Scheich ül Islam ernannt wird, statt. Das Reskript bestätigt die Ernennung Schewkets zum Großwesir. Schewket wohnte mit sämtlichen Ministern der Feier bei. Mukhtar Bey ist endgültig zum Minister des Aeußern ernannt worden. Hassan Ali, der Direktor des „Alemdar“, und Djevad, der Geschäftsführer des „Ikdam“, sind verhaftet worden. Der Journalist Neur Eddin, nach dem gleichfalls gefahndet wurde, konnte entfliehen. Andere kompromittierte Journalisten halten sich verborgen. Die fremden Militärattachés wohnten der Beisetzung Nasim Paschas bei. Wie erzählt wird, schoß auch Nasim bei dem Zusammenstoß; er erhielt eine Kugel in das rechte Auge und eine in die rechte Schläfe.

Als Beweis dafür, daß der Staatsstreich der Jungtürken vollkommen überraschend gekommen sei, veröffentlicht das „Neue Wiener Tageblatt“ eine Depesche aus Konstantinopel, nach der zwischen dem gegenwärtigen Sultan und seinem Bruder, dem ehemaligen Sultan Abdul Hamid, in der Nacht vor dem Putsch im Palais Dolma-Bagdsche eine Aussöhnung stattgefunden habe.

Die Umgebung des neuen Ministers des Aeußern versichert, daß das Kabinett nicht eine Politik der Abenteuer eröffnen, noch die Friedensverhandlungen sofort abbrechen werde. Das Kabinett kenne genau die militärische und moralische Lage und werde den Frieden nur unter ehrenvollen Bedingungen schließen. Es geht das Gerücht, daß das Kabinett den Frieden auf Grundlage derjenigen Zugeständnisse vorschlägt, die bereits von den türkischen Bevollmächtigten in London gemacht worden sind. Auf jeden Fall tritt man niemals Adrianopel ab.

Ueber das Erscheinen Enver Beys im Palast des Sultans verlautet, daß infolge des Einschreitens der Hofchargen, die das Schlimmste befürchteten, der Sultan ihn nicht selbst empfing, sondern die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts nur durch Vermittlung der Würdenträger führte. Der Sultan schlug zunächst eine Umbildung des Kabinetts unter Kiamil Pascha mit Mahmud Schewket Pascha als Kriegsminister vor, später die Ernennung Ferid Paschas oder Achmed Mukhtar Paschas. Schließlich aber mußte der Sultan den Vorschlägen Enver Beys nachgeben.

Die Wirkung auf das Ausland.

Der „Pester Lloyd“ bringt einen Situationsbericht aus Wien, in dem gesagt wird, allmählich werde die Hoffnung immer allgemeiner, daß die Türkei auch nach dem kühnen Handstreich der Jungtürken sich nicht verleiten lassen werde, sich in einen ungewissen Kampf zu stürzen. So sehr die Armeen der Verbündeten auch durch die Kriegsverluste geschwächt sein möchten, so dürften sie doch noch immer nicht unterschätzt werden. Die Chancen für ein rasches Gelingen des Friedenswerkes hätten sich jedenfalls etwas verschlechtert. Mehr als je erfordere die neue Situation vollkommene Einigkeit unter den Mächten. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es besonders erfreulich, daß die Meldungen über den Plan einer russischen Aktion in der französischen Presse als unrichtig bezeichnet würden. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Dementis recht behielten, denn die Politik der Jungtürken werde sicherlich zumeist davon beeinflußt werden, ob sie einem geeinigten Europa gegenüberständen oder hoffen dürften, daß die Einigkeit der Mächte auf einer schwankenden Grundlage beruhe.

In maßgebenden rumänischen Kreisen wird versichert, daß in der bisherigen Haltung der rumänischen Politik durch die Vorgänge in Konstantinopel zunächst keine Aenderung eintreten werde. Ausschlaggebend dürfte sein, welche Wirkung der Systemwechsel in der Türkei auf bulgarischer Seite hervorbringen wird. Sonnabend vormittag hat ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs stattgefunden.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 24. Januar.

Hat da irgend ein bürgerlicher Schmock den Schwindel aus den Fingern gesogen, daß sich seit einiger Zeit die Werbetätigkeit der Franzosen für ihre Fremdenlegionäre gesteigert, ja, sich sogar bereits über die Grenze gewagt und auf deutschem Boden ausgeübt würde. Das erschien den nationalistischen Nachtwächtern vom Fortschritt, von denen ja auch das Landesverratsgeschrei gegen den Elsässer Wetterlé ausgegangen, günstig, sich schleunigst wieder einmal als Vaterlandsretter erster Qualität aufzuspielen. Dr. Müller-Meiningen setzte sich auf den Hosenboden, fabrizierte eine kurze Anfrage, ob dem Reichskanzler die Geschichte auch bekannt geworden sei und was er dagegen zu tun gedenke. Der Frager erhielt darauf die Antwort, daß er und seine Partei sich von einem Zeilenschinder haben düpieren lassen und daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist. Nach Beantwortung einiger weiterer kurzer Anfragen wurde die Debatte über unsern Antrag, die Reichsschulkommission in ein Reichsschulamt umzuwandeln, fortgesetzt. Genosse Schulz widerlegte die Einwände der bürgerlichen Redner gegen unsern Antrag in sehr geschickter Weise, namentlich wandte er sich gegen die Einwendungen und Vorbehalte des Fortschrittlers Kerschensteiner, der sich für ein Schulamt als eine altliberale Forderung ausgesprochen hat, aber von einem Reichsschulgesetz nichts wissen will. Unser Redner machte darauf aufmerksam, daß von einem Schulgesetz in unserm Antrage mit keinem Wort die Rede sei, mithin Herr Kerschensteiner und seine Freunde, wenn sie ihren liberalen Grundsätzen folgen wollen, für unsern Antrag stimmen müßten. In Abwesenheit Kerschensteiners folgten jedoch die braven Fortschrittler der Führung des von unserm Genossen Schulz drastisch als Nichtswisser und Nichtkenner des altliberalen Prinzips und der Forderungen der Mehrheit der Lehrerschaft gekennzeichneten ostelbischen Dorfschulmeisters Bruckhoff und stimmten, Arm in Arm mit dem schwarzblauen Block, den sozialdemokratischen Antrag nieder. Ein Beweis für die Tapferkeit und Konsequenz der Fortschrittler, wenn es sich um die Durchführung wirklich liberaler Forderungen handelt.

Nachdem entstand bei dem Titel, betreffend Zuschuß für die Ausführung des Kaligesetzes, eine von unserm Genossen Sachse eingeleitete mehrstündige, teils sehr lebhafte Kalidebatte. Der meist sehr langen Reden, sowohl der bürgerlichen Redner als auch der unserer Genossen Sachse und Cohn, einschließlich der der Regierungsvertreter kurzer Sinn war der: das erst wenige Jahre alte Kaligesetz ist sowohl in seiner Grundlage wie im Beiwerk gründlich verpfuscht und bedarf demnächst einer Aenderung. Die Hauptstreitpunkte bewegten sich um die Schuldfrage, welche Partei mehr oder minder schuld sei an dieser oder jener Bestimmung bezw. dem Gesetz. Daß der Antisemit Behrens die Sozialdemokraten als die Hauptschuldigen bezeichnete, ist bei dem Charakter dieses Kucharbeitervertreters selbstverständlich, ebenso selbstverständlich wie bei ihm die Handlangerarbeit für die Agrarier ist; hat er doch einen Antrag eingebracht, die sogenannten Propagandagelder um ℳ 100 000 zu erhöhen, was für den Bund der Landwirte einen hübschen Rebbach bedeutet. Aus ihrer Mitte heraus mochten wohl die Agrarier den Antrag nicht stellen, hatten und haben sie auch nicht nötig, solange es noch Antisemiten von der Couleur eines Behrens gibt.

Die kommende Militärvorlage.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat am Freitag abend — wir konnten die Auslassung noch im Depeschenteile mitteilen — zu den mehr oder weniger deutlichen Treibereien der Prozentpatrioten Stellung genommen. Sie erklärte, es handle sich um „aufgeregte Treibereien“, mit denen der Sache, die in Frage steht, schlecht gedient sei. Aber sie fügte hinzu: „Die maßgebenden Stellen sind längst einig darin, daß eine Reihe von Mehrbedürfnissen unseres Heeres befriedigt werden müssen. Es ist beabsichtigt, dem Reichstage im Laufe dieser Tagung eine Vorlage zugehen zu lassen. Die Vorarbeiten dazu nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. Vor ihrem Abschluß können natürlich keine Angaben über den Inhalt gemacht werden.“

Damit wird also ganz offen zugegeben, daß noch im Laufe